
4. Verlegung von Stolpersteinen

Opfer des Faschismus 1933 - 1945

Freitag, 4. September 2020

in Neunkirchen

in Selbstverlegung mit der Arbeitsgruppe Neunkirchen



Stolpersteine

Ein Kunstprojekt für Europa von Gunter Demnig

Mehr als zwei Jahrzehnte ist es her, dass Gunter Demnig das Projekt Stolpersteine entwickelt hat.

Ziel des Projektes ist, „die Erinnerung lebendig zu halten an die Vertreibung und Vernichtung der Juden, der Zigeuner/Sinti und Roma, der politisch Verfolgten, der Homosexuellen, der Zeugen Jehovas und der Euthanasieopfer“, aller Opfer im Nationalsozialismus. Gunter Demnig erinnert an die Opfer der NS-Zeit, indem er vor ihrem letzten selbstgewählten Wohnort Gedenktafeln aus Messing ins Trottoir einlässt.

„Ein Mensch ist erst vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, zitiert Gunter Demnig den Talmud.

Mit den Steinen wird an die Menschen erinnert, die einst hier wohnten.

Auf den Steinen steht geschrieben: „HIER WOHNTE...“ Ein Stein. Ein Name. Ein Mensch.

Inzwischen liegen Stolpersteine in mehr als 1000 Orten Deutschlands und in zwanzig Ländern Europas.

Das sind mehr als 50.000 Menschen, Opfer des Naziregimes, die dem Vergessen entrissen sind. Für 120 Euro kann jeder eine Patenschaft für die Herstellung und Verlegung eines Stolpersteins übernehmen.

Weitere Informationen unter www.stolpersteine.eu

Das Projekt in Neunkirchen

Den Anstoß dazu gaben Mitglieder der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten“ (VVN-BdA) Landesvereinigung Saar. Gemeinsam mit Aktiven des „Neunkircher Forums für Freiheit, Demokratie und Antifaschismus“ wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, um im Gebiet der Kreisstadt Neunkirchen „Stolpersteine wider das Vergessen“ zu verlegen.

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe recherchieren die biographischen Daten von Opfern, im Stadtarchiv Neunkirchen und Archiven andernorts, nehmen Kontakt zu Angehörigen auf, sichten Literatur zu Verfolgung und Widerstand an der Saar und von Saarländerinnen und Saarländern. Die bisherigen Biographien der Opfer sind jeweils in einem Begleitheft veröffentlicht, siehe auch www.neunkirchen.de/rathaus/geschichte-neunkirchen-saar/stolpersteine.

Am 19. November 2012 wurden in Wiebelskirchen neun Stolpersteine von Gunter Demnig verlegt.

Als Verlegeort dieser Steine wurde der Wibiloplatz gewählt, nicht - wie üblich - der Bürgersteig vor den Wohnhäusern. Damit liegen diese Steine im Zentrum des Ortes, sichtbar und erlebbar für viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. An der Verlegung beteiligten sich auch Schülerinnen der Ganztagsgemeinschaftsschule Haspelstraße.

Die zweite Verlegung fand am 20. und 21. April 2015 statt, neunzehn Stolpersteine in der Kernstadt, in Heinitz, Sinnerthal und Wellesweiler. Diese Steine wurden überwiegend vor den ehemaligen Wohnhäusern der Opfer verlegt. Bei diesen beiden Verlegungen beteiligten sich Schüler der Straßenbauer-Klasse des Technisch-Gewerblichen Berufsbildungszentrums Neunkirchen mit ihrer Klassenlehrerin Frau Hack.

Am 11. Mai 2018 fand die dritte Verlegung statt, 19 Steine an 8 Verlegestellen in der Unterstadt, der Oberstadt und den Stadtteilen Kohlhof, Wellesweiler und Wiebelskirchen.

Mit den Steinen erinnern wir an Frauen und Männer des antifaschistischen Widerstands, an Angehörige der „Internationalen Brigaden“ im spanischen Bürgerkrieg und an politisch Verfolgte, an jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, an Euthanasieopfer, an sozial Ausgegrenzte und an Familienangehörige, die unter dem Nazi-Regime gelitten haben.

Bei einigen Opfern konnten nur sehr wenige biographische Angaben ermittelt werden. Bei vielen gibt es keine überlebende Angehörige oder sind keine bekannt und auch amtlich nicht erfasst. So ist es schwierig, Daten und Ereignisse zusammenzutragen und entsprechende Lebensläufe zu erarbeiten.

Die Mehrzahl der Biographien in diesem Heft wurde von Schüler*innen des Gymnasium am Krebsberg unter Leitung von Frau Dr. Wilhelm-Schaffer recherchiert und erarbeitet.

Zur Finanzierung dieser Stolpersteine hat der Schulverein 400 Euro zur Verfügung gestellt.

Wir bedanken uns bei allen, die dieses Projekt unterstützt haben, durch Spenden zur Finanzierung der Stolpersteine und andere Maßnahmen, bei Verantwortlichen und Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung und des Zentralen Betriebshofes.

Am 4. September werden zum 4. Mal 11 Stolpersteine an 7 Stellen verlegt. Ursprünglich war diese Verlegung für den 8. Mai, dem 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, vorgesehen. Wegen der Corona-Pandemie musste sie verschoben werden. Sie wird nun in Selbstverlegung durchgeführt, unter Beteiligung von Schüler/innen des TGBBZ, Bereich Bautechnik, und der Lehrerin Frau Monika Hack.

Die Aktion wurde gefördert durch die **KREISSTADT
NEUNKIRCHEN** 

Mitglieder der Arbeitsgruppe:

Organisation: Ulrike Heckmann und Rainer Dörrenbecher

Recherche und Biographien:

Dr. Irmgard Wilhelm-Schaffer, Lehrerin Gymnasium am Krebsberg;

Ulrike Pfeifer-Scholz, Meisterin/Sozialpfl. BBZ; Johanna Petry; Melanie Franz; Mathilde Ott

Verantwortlich für den Inhalt:

Ulrike Heckmann, Rainer Dörrenbecher (Redaktion)

Gestaltung + Druck:

Kreisstadt Neunkirchen

Herausgeber:

Arbeitsgruppe Stolpersteine Neunkirchen

Fotonachweise + Quellenangaben:

KZ Dachau, Gedenkstein: Unbekannt; KZ Dachau, Lagertor: Diego Delso, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=51214562>; KZ Buchenwald, Lagertor: www.geschichtsverbund-thueringen.de; Gedenkstätte Hadamar, Stele: www.gedenkstaette-hadamar.de; Synagoge Neunkirchen: Fotosammlung Stadtarchiv Neunkirchen, Fotograf Leid; Pavillon, Camp de Gurs: Jean Michel Etchecolonea, https://de.wikipedia.org/wiki/Camp_de_Gurs; Lageransicht, Camp de Gurs: <http://gurs.free.fr>; Portrait Karl Löb: Privat/Doris Deutsch; Fabrikstraße 3: Gerhard Schaal; Steinwaldstraße 49: Ralf Schwender; Wellesweilerstraße 24: Gerhard Schaal; alte Ansicht der Wellesweilerstraße: Stadtarchiv Neunkirchen, Postkartensammlung; Portrait Karl Schneider in Mallmann, Abb. 77 „Das zersplitterte Nein“, Klaus-Michael; Paul, Gerhard; alte Ansicht der Praxis von Karl Schneider: Neunkirchen anno dazumal, S. 125; alte Ansicht von Kaufhaus Levy-Winter/Stummstraße: Stadtarchiv Neunkirchen, Postkartensammlung; Pasteurstraße 5: Ralf Schwender

Erläuterungen zu Begriffen in den Biographien

Bedingungen in den Konzentrationslagern

Die ersten Konzentrationslager entstanden schon 1933, unmittelbar nach der Machtübergabe an Hitler und die Nationalsozialisten. „Der Hauptzweck der KZ war die Ausschaltung jedes wirklichen oder vermuteten Gegners der nationalsozialistischen Herrschaft. Absondern, diffamieren, entwürdigen, zerbrechen und vernichten - das waren die Formen, in denen der Terror in Wirksamkeit trat. Je drastischer, umso besser, und je gründlicher, umso nachhaltiger.“
(* Vernichtung durch Arbeit - war das Ziel der KZ-Verwaltungen.

Die ersten Häftlinge waren Angehörige der Arbeiterbewegung, der KPD, der SPD und der Gewerkschaften. Diese mussten die Konzentrationslager erst aufbauen. Dann folgten Widerstandskämpfer/Innen, politisch und religiös Verfolgte, Juden, Sinti und Roma, sogenannte Zigeuner, Homosexuelle, Opfer von Denunziationen, sogenannte Arbeitsscheue, Kriminelle ...

Der „Empfang“ in den Lagern war meist mit viel Geschrei und Prügel durch die SS verbunden. Bei der Registrierung erhielten die Häftlinge eine Nummer, die ihren Namen ersetzte und einen für sie festgelegten Winkel, den sie an der Häftlingskleidung befestigen mussten. Zum Beispiel erhielten politische Häftlinge einen roten Winkel und Häftlinge, die aufgrund ihrer Homosexualität inhaftiert wurden, einen rosafarbenen Winkel. Viele KZ auf deutschem oder österreichischem Boden waren mit einem Steinbruch verbunden, in dem die Häftlinge unter Aufsicht der SS Steine brechen und schleppen mussten (z.B. in Buchenwald, Mauthausen, oder Struthof/Elsass). Die Steine durften nicht zu klein sein, der Weg nach oben war steil, leicht konnten die Häftlinge die Stufen verfehlen und in die Tiefe stürzen. Dabei wurden sie von der SS mit Schlägen zur Eile angetrieben. Wer bei der Arbeit versagte, wurde erschossen oder in den Abgrund gestürzt.

Diese Schufterei und die Misshandlungen waren unerträglich. Zusätzlich verschärft wurde die Situation durch das völlig unzureichende Essen; es war zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig. So kamen die Häftlinge Tag für Tag nach 12 Stunden Arbeit bis zum Zusammenbruch ausgelaugt zu ihren Unterkünften zurück. Beim Appell am Abend konnten sich viele kaum noch auf den Beinen halten.

Es ging in diesen Lagern nur ums Überleben, aber das war schwer, ja fast unmöglich, da oft der Lebenswille Tag für Tag abnahm. Die politischen Häftlinge in den KZ hatten meist einen kameradschaftlichen Zusammenhalt und unterstützten sich gegenseitig. Sie klammerten sich an die Hoffnung auf ein vom Faschismus befreites Deutschland. Sie wollten diesen Tag erleben. Diese Hoffnung war Ansporn genug sich nicht in die Verzweiflung zu stürzen.

Mit zunehmendem Arbeitskräftemangel in der Produktion wurden neben den „Fremdarbeitern“ aus den besetzten Ländern auch KZ-Häftlinge eingesetzt. Einige KZ wurden speziell zu Produktionszwecken eingerichtet. Auch hier war die Todesrate durch Erschöpfung, Misshandlungen und Ermordung hoch. Im besetzten Polen und Weißrussland wurden spezielle Vernichtungslager errichtet, in denen vor allem



KZ Dachau, Gedenkstein

die jüdische Bevölkerung systematisch ermordet wurde. Das größte war bei Auschwitz in Polen. Der Tag der Befreiung dieses KZ durch die Rote Armee, der 27. Januar, ist inzwischen Gedenktag für die Opfer des deutschen Faschismus.

Die Überlebenden der KZ konnten viele Jahre nicht über die Zeit im KZ sprechen. Und nur Wenige haben dies Jahrzehnte später getan. In der Broschüre „K.Z. Lager Natzweiler-Struthof“, Herausgeber „Comité National du Struthof“ 1966, beschreibt Dr. med. Léon Boutbien, Deportierter von Struthof, sich und seine Mithäftlinge: „Stellen wir uns einen Menschen vor, der plötzlich aufhört, ein menschliches Wesen zu sein, um ein, bis dahin jeder zoologischen Einteilung unbekanntes, tierisches Ungeheuer zu werden, nur noch ein Verdauungsschlauch, ein Hampelmann mit knöchernen Gliedern, ein wandelndes Skelett, herumirrend verstört, mit Wahnvorstellungen - so war der abgeschiedene Mensch, der dem Hunger und dem Klima erlag, ...“ (Seite 9,10)

(*) Eugen Kogon: Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Verlag Karl Alber, München 1946. (44. Auflage. Heyne Verlag, München 2006, ISBN 3-453-02978-X)

In diesem Heft sind genannt:

Konzentrationslager Auschwitz:

Das KZ Auschwitz, von 1940 bis 1945, war ein Komplex aus drei ausgebauten Konzentrationslagern. Dieser Lagerkomplex hatte eine Doppelfunktion als Konzentrations- und Vernichtungslager. Er bestand aus dem Konzentrationslager Auschwitz I (Stammlager), dem Vernichtungslager Birkenau - Konzentrationslager Auschwitz II, dem Konzentrationslager Monowitz und ca. 50 weiteren Außenlagern. Der Lagerkomplex befand sich im vom Deutschen Reich annektierten Teil von Polen. Die polnische Stadt Oświęcim (dt.: Auschwitz) liegt im Südwesten Polens. Seit 1947 ist das KZ eine Gedenkstätte, heute als „Auschwitz-Birkenau - deutsches nationalsozialistisches Konzentrations- und Vernichtungslager“ benannt.

Konzentrationslager Dachau:

Das KZ Dachau bestand ab März 1933 bis 29. April 1945. Das NS-Regime errichtete es bereits wenige Wochen nach der Machtübergabe. Es war das erste ununterbrochen betriebene KZ und wurde dadurch eines der bekanntesten Konzentrationslager. Es war zwölf Jahre durchgehend in Betrieb. Das Gelände liegt ungefähr 20 Kilometer nordwestlich von München. Zunächst diente das Lager der Inhaftierung von politischen Gegnern des Nationalsozialismus. Nach der Reichspogromnacht inhaftierte die SS verstärkt auch Juden und andere Verfolgte. Seit 1965 befindet sich auf dem Gelände die KZ-Gedenkstätte Dachau.



KZ Dachau, Lagertor

Konzentrationslager Mauthausen:

Das KZ Mauthausen war das größte Konzentrationslager auf dem Gebiet Österreichs. Es befand sich 20 Kilometer östlich von Linz in Mauthausen und bestand von 1938 bis zum 5. Mai 1945. Das KZ war mit seinen Nebenlagern ein Arbeits- und Vernichtungslager. Die Arbeit war unmenschlich schwer, ständig

erfolgten Misshandlungen, die Verpflegung war völlig ungenügend. Die Todesrate war so hoch, dass in derartigen Lagern „Vernichtung durch Arbeit“ verübt wurde. Auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers befindet sich seit 1947 eine Mahn- und Gedenkstätte der Republik Österreich.

Konzentrationslager Buchenwald:

Das KZ Buchenwald war eines der größten Konzentrationslager auf deutschem Boden. Es wurde zwischen Juli 1937 und April 1945 auf dem Ettersberg bei Weimar als Haftstätte zur Zwangsarbeit betrieben. Es war zugleich ein Vernichtungslager für Juden. Beim Vorrücken der 3. US-Armee auf Thüringen Anfang April 1945 begann die SS das Lager zu evakuieren. Durch Boykott und Sabotage konnten die Häftlinge die Totalevakuierung verhindern. Ein Teil der SS setzte sich ab.



KZ Buchenwald, Lagertor

Am 11. April überwältigten Häftlinge der illegalen Widerstandsgruppe die restlichen Wachmannschaften. Sie nahmen 125 der Bewacher fest, öffneten die Tore und hissten die weiße Fahne. Auf dem Gelände des ehemaligen Lagers wurde 1958 die Nationale Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald der DDR eröffnet. Ab 1991 wurde die Gedenkstätte Buchenwald neugestaltet.

Konzentrationslager Mittelbau Dora:

„Dora“ wurde als Außenlager des KZ Buchenwald im Sommer 1943 bei Nordhausen/Thüringen gegründet. Durch die Häftlingsarbeit sollte die Raketenproduktion von Peenemünde in vor Luftangriffen geschützten Stollenanlagen fortgesetzt werden. Später kamen weitere Rüstungsprojekte hinzu. Zehntausende KZ-Häftlinge aus fast allen Ländern Europas mussten 1944/45 Zwangsarbeit beim Ausbau unterirdischer Flugzeug- und Treibstoffwerke leisten. Jeder Dritte kam zu Tode. Zu ihrer Unterbringung richtete die SS neue KZ-Außenlager ein, die im Herbst 1944 mit dem Lager Dora zum nunmehr selbständigen KZ Mittelbau zusammengefasst wurden. Die Überlebenden wurden im April 1945 befreit. Seit 1964 gibt es eine Gedenkstätte.

Konzentrationslager Sachsenhausen:

Das KZ Sachsenhausen wurde im Sommer 1936 von Häftlingen anderer KZ aufgebaut; es befand sich im Ortsteil Sandhausen der Stadt Oranienburg nördlich von Berlin. Es ist weder örtlich noch zeitlich identisch mit dem KZ Oranienburg, das von 1933 bis 1934 in Oranienburg in der Nähe des Stadtzentrums bestand.

Durch die Nähe zu Berlin und damit auch zur Gestapozentrale in der Prinz-Albrecht-Straße hatte das KZ Sachsenhausen eine Sonderrolle im KZ-System. Viele Deportationen nach Sachsenhausen sind nicht gesichert, nur 2/3 der Häftlinge wurden registriert. Im August 1941 wurde eine Genickschussanlage errichtet, in der etwa 13.000 bis 18.000 sowjetische Kriegsgefangene ermordet wurden. Beim Vorrücken der Roten Armee im April 1945 wurden die Häftlinge „evakuiert“, d.h. auf einen Todesmarsch geschickt. Nur 6000 Menschen konnten befreit werden.

Heute befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen KZ die „Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen“. Diese versteht sich als Gedenk- und Lernort sowie als modernes zeithistorisches Museum.

Konzentrationslager Sobibor:

Das Vernichtungslager Sobibor befand sich in der Nähe des etwa 500 Einwohner zählenden Dorfs Sobibór, eines Orts der Landgemeinde Włodawa, östlich von Lublin, im heutigen Dreiländereck Polen–Weißrussland-Ukraine. Das Lager wurde Anfang 1942 errichtet und diente neben den Lagern Belzec und Treblinka als Vernichtungslager im Rahmen der planmäßigen Ermordung der Juden des Generalgouvernements.

Am 14. Oktober 1943 kam es in Sobibor zu einem Aufstand mit anschließender Massenflucht. Planung und Durchführung der Revolte wurde von sowjetischen Kriegsgefangenen jüdischer Herkunft aus Weißrussland betrieben. Viele Gefangene starben im Kugelhagel der Wachleute oder im Minenfeld außerhalb der Stacheldrahtumzäunung. 365 Gefangene konnten aus dem Lager fliehen, davon erreichten etwa 200 den naheliegenden Wald. Bis zum Ende des Krieges konnten nur 47 Flüchtlinge des Lagers untertauchen oder sich Partisanengruppen anschließen. Die SS ermordete danach die zurückgebliebenen Lagergefangenen, die nicht hatten fliehen können. Das Lager wurde nicht weiter genutzt, sondern dem Erdboden gleichgemacht. Danach blieben ein unverdächtig aussehender Bauernhof und ein speziell aufgeforsteter Jungwald auf dem ehemaligen Gelände des Vernichtungslagers zurück.

Konzentrationslager Stutthof:

Das KZ Stutthof lag ca. 35 Kilometer östlich von Danzig bei dem Dorf Stutthof. Das Lager bestand von September 1939 bis 9. Mai 1945. In der Brutalität des Umgangs mit den Häftlingen hatte es den Charakter eines Vernichtungslagers. Beim Vorrücken der Roten Armee wurde die Mehrzahl der Häftlinge auf Todesmärschen „evakuiert“. Erst am 9. Mai, einen Tag nach der Kapitulation der Reichsregierung, kapitulierte der Lagerkommandant. Befreit wurden nur einige Hundert überlebende Häftlinge. Heute befindet sich auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers eine staatliche polnische Gedenkstätte. Das Museum wurde 1962 eingerichtet.

Quellen: Wikipedia und Internetseiten der Gedenkstätten

Nürnberger Gesetze

Mit den Nürnberger Gesetzen - auch als Nürnberger Rassengesetze oder Arier-gesetze bezeichnet - institutionalisierten die Nationalsozialisten ihre antisemitische und rassistische Ideologie auf juristischer Grundlage. Sie wurden anlässlich des 7. Reichsparteitags der NSDAP, des sogenannten „Reichsparteitags der Freiheit“, am Abend des 15. Septembers 1935 einstimmig angenommen, der eigens zu diesem Zweck telegrafisch nach Nürnberg einberufen worden war. Sie umfassten das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre - das sogenannte Blutschutzgesetz – und das Reichsbürgergesetz.

Das am 15. September 1935 erlassene Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre verbot die Eheschließung sowie den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden. Es sollte der sogenannten „Reinhaltung des deutschen Blutes“ dienen, einem zentralen Bestandteil der nationalsozialistischen Rassenideologie. Verstöße gegen das Gesetz wurden als „Rassenschande“ bezeichnet und mit Gefängnis und Zuchthaus bedroht.



Gedenkstätte Hadamar

Quelle: Wikipedia

Reichspogromnacht 9. November 1938

Am 9. und 10. November 1938 fand im ganzen Deutschen Reich, in Österreich und der annektierten Tschechoslowakei ein staatlich organisierter Massenpogrom statt. Er richtete sich gegen alle Menschen, die jüdischen Glauben waren. Organisierte Schlägertrupps setzten die Synagogen in Brand, verwüsteten und plünderten jüdische Wohnungen und Geschäfte. Die Feuerwehr sicherte die angrenzenden Häuser, die Polizei sorgte für Recht und Ordnung und verhinderte Löscharbeiten.



Synagoge Neunkirchen

Es ist der Tag, an dem tausende Juden misshandelt, verhaftet oder getötet wurden. Spätestens seitdem konnten alle in diesen Ländern sehen, dass Antisemitismus und Rassismus bis hin zum Mord staatsoffiziell geworden waren. Die Reichspogromnacht war das offizielle Signal zum Völkermord an den Juden in Europa.

Propagandistischer Vorwand für den Pogrom war das Attentat am 7. November 1938 auf den Legationsrat der deutschen Botschaft in Paris, Ernst vom Rath, durch den siebzehnjährigen polnischen Juden Herschel Grynszpan. Der Pogrom war jedoch durch das NS-Regime geplant und vorbereitet; mit der Ermordung als Vorwand wurde er ausgelöst.

Die Neunkircher Synagoge wurde am 10. November 1938 geplündert und verwüstet, die Einrichtung auf die Straße geworfen. Die Synagoge wurde angezündet und brannte bis auf die Grundmauern ab. Die Juden wurden am Morgen zusammengetrieben und in sogenannter Schutzhaft festgenommen. Sie wurden später auf Lastwagen nach Saarbrücken zur Gestapo transportiert. Aus menschenverachtendem, antisemitischem Bewusstsein heraus wurden sie verhöhnt und misshandelt.

Verantwortlich für die Brandstiftung in Neunkirchen war in erster Linie das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps, kurz „NSKK“ genannt. Dies war eine paramilitärische Unterorganisation der NSDAP, die dritte „Kampfgliederung“ neben der SA und der SS. Es fungierte bis zu seiner Auflösung 1945 als Sammelbecken für alle politisch anpassungswilligen, motorbegeisterten und im Kraftfahrwesen beruflich oder sportlich engagierten Personen.

Quelle: [www.historisches-lexikon-bayerns.de/?url=https%3A%2F%2Fwww.historisches-lexikon-bayerns.de%2FLexikon%2FNationalsozialistisches_Kraftfahrkorps_\(NSKK\)%2C_1931-1945](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/?url=https%3A%2F%2Fwww.historisches-lexikon-bayerns.de%2FLexikon%2FNationalsozialistisches_Kraftfahrkorps_(NSKK)%2C_1931-1945)

Einige der inhaftierten Jüdinnen und Juden wurden nach mehreren Tagen wieder freigelassen. Ihre wirtschaftliche Existenz war jedoch vernichtet. Die NS-Justiz verfolgte keine der Misshandlungen, keine der zahlreichen Morde an den wehrlosen Mitbürgern. (siehe auch: (www.lpb-bw.de/?url=https%3A%2F%2Fwww.lpb-bw.de%2Freichspogromnacht%2F)

Wagner-Bürckel-Aktion

Den Gauleitern Robert Wagner (Gau Baden) und Josef Bürckel (Gau Saarpfalz) wurden am 2. August 1940 die Gebiete Elsass und Lothringen als „Chefs der Zivilverwaltung“ (CdZ) unterstellt, wobei an Wagner das Elsass zur Bildung eines neuen Gaus „Oberrhein“ und Lothringen an Bürckel zur Bildung eines neuen Gaus „Westmark“ ging. Anlässlich einer Besprechung der beiden Gauleiter in der Reichs-

kanzlei am 25. September 1940 forderte Adolf Hitler sie auf, dafür zu sorgen, dass ihre Gebiete „judenfrei“ gemacht würden. Wagner und Bürckel beschlossen, in einer koordinierten Aktion die Deportationen auch auf die im südwestdeutschen Reichsgebiet lebenden Juden auszudehnen.

Quelle: Wikipedia

Antifaschistische Einheitsfront im Saargebiet

Nach dem Versailler Vertrag von 1919 war das Saargebiet für fünfzehn Jahre vom Deutschen Reich getrennt und dem Völkerbund unterstellt. Danach sollte in einer Volksabstimmung über die weitere staatliche Zugehörigkeit entschieden werden. Bis auf eine kleine Minderheit plädierten bis zur Machtübergabe an Hitler am 30. Januar 1933 alle Parteien und gesellschaftliche Organisationen für den Anschluss an Deutschland.

Anfang Juli 1934 veröffentlichten die Sozialdemokratische Partei Saargebiet und die Kommunistische Partei Saargebiet den Aufruf: „An das Saarvolk“, das „Einheitsfrontabkommen“ gegen die Eingliederung des Saargebietes an Nazi-Deutschland. Dieses Abkommen und die folgenden gemeinsamen Aktionen kamen erst nach Überwindung vielfältiger Schwierigkeiten im Saargebiet und in den Exilvorständen beider Parteien zu Stande. Erst im Dezember kam es zu einer entsprechenden Vereinbarung der Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter, der beiden größten Gewerkschaftsverbände. Weitere kleinere Parteien, wie zum Beispiel die Saarländische Sozialistische Partei (SSP) schlossen sich an.

Auch aus dem katholischen Bereich um Johannes Hoffmann wurde für den Status Quo gekämpft. Bekanntermaßen hatte die antifaschistische Einheitsfront eine tragische Niederlage erlitten. Gegen die propagandistische Übermacht der Deutschen Front und die weitverbreitete nationalistische Stimmung konnte die Einheitsfront bei der Abstimmung am 13. Januar 1935 nicht erfolgreich sein.

Fast 91% stimmten für den Anschluss an das faschistische Deutschland.

Literatur-Auswahl:

Bies, Luitwin: Klassenkampf an der Saar 1919-1935, Frankfurt a.M. 1978

Mallmann, Klaus-Michael: das zersplitterte Nein, Bonn 1989

Paul, Gerhard: Deutsche Mutter - heim zu Dir!, Köln 1984

Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD)

Im Frühjahr 1917 verschärfte sich die Auseinandersetzung in der Reichstagsfraktion der SPD über die weitere Bewilligung der Kriegskredite und die Kriegspolitik. Die Linken hatten eine eigene Fraktionsgemeinschaft gebildet und schließlich im April auch eine eigene Partei, die USPD. Parteivorsitzende waren Hugo Haase und Georg Ledebour. Dazu gehörte auch die Gruppe Spartakus um Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die USPD hatte großen Einfluss in der Novemberrevolution, bildete mit der SPD, die sich MehrheitsSPD nannte, den Rat der Volksbeauftragten (Übergangsregierung) und stellte in einigen Ländern den Ministerpräsidenten. Zum Jahreswechsel 1918/19 konstituierte sich die Gruppe Spartakus mit anderen Gruppen eigenständig als Kommunistische Partei. 1920 vereinigte sich die Mehrheit der USPD mit der KPD zur VereinigtenKPD. Die Minderheit bestand bis 1922 und vereinigte sich wieder mit der SPD. Im Saargebiet verlief die Entwicklung ähnlich.

Internierungs- bzw. Konzentrationslager „Camp de Gurs“

Das Camp de Gurs liegt in der Nähe der französischen Ortschaft Gurs, Département Pyrénées Atlantiques, nördlich der Pyrenäen. Es wurde zunächst für republikanische Kämpfer des spanischen Bürgerkrieges eingerichtet, die nach der Auflösung der Interbrigaden nach Frankreich flüchteten. Schon damals war es das größte französische Internierungslager. Ab Mai 1940 wurden auch politische Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich, die zum Teil schon mehrere Jahre in Frankreich lebten, dort interniert.

Seit Oktober 1940 wurden – noch unter dem Vichy-Regime – in dem Lager fast alle aus Südwestdeutschland, Elsass und Lothringen deportierten Juden zusammengepfercht. Im Rahmen der „Wagner-Bürckel-Aktion“ wurden die noch in Baden, der Pfalz und dem Saargebiet lebenden Juden und die jüdische Bevölkerung aus Elsass-Lothringen in das Camp de Gurs deportiert; die meisten wurden 1944 in die Vernichtungslager transportiert.

Camp de Gurs ist berüchtigt für die Behandlung der Juden; es war nach Aussage von Überlebenden die Hölle. Die hygienischen Bedingungen katastrophal, das Essen unzureichend und die Sterberate überdimensional hoch. Die jüdischen Internierten „verstarben reihenweise“ auf Grund von Unterernährung und Krankheiten und fehlenden hygienischen Bedingungen. Es handelt sich eigentlich um Massenmord. Seit 1994 ist das Lagergelände eine nationale Gedenkstätte, welche die Erinnerung an seine Geschichte und die dort Internierten wachhalten soll. Es wird vom Förderverein „Amicale du Camp de Gurs“ mit Sitz in Pau betreut. Das Gelände ist frei zugänglich.

Quellen: Infomaterial der Gedenkstätte, Internetseite: www.gurs.free.fr, Wikipedia

Sammellager Drancy

Drancy, Stadt, Eisenbahnknotenpunkt, im Großraum Paris, nordöstlich; hier befand sich von 1941 bis 1944 das Sammellager Drancy. Dort wurden die Eisenbahnwaggons aus den verschiedenen Konzentrations- und Internierungslagern in Frankreich zusammengeführt mit den Menschen, die in die Vernichtungslager weitertransportiert werden sollten. Von dort fuhr dann die Eisenbahntransporte in die Vernichtungslager im Osten; die Mehrheit der in Frankreich internierten Juden, Roma und andere wurden über Drancy in die Vernichtungslager, hauptsächlich nach Auschwitz deportiert.



Memorial Camp de Gurs



Ansicht des Lagers

Umschulungslager Paderborn

Seit Anfang der 1930er Jahre organisierten jüdische Organisationen die Auswanderung nach Palästina und die Vorbereitung der Auswanderer auf die dortigen Lebens- und Arbeitsbedingungen als Handwerker und Bauern. In Deutschland lebte damals eine Reihe jüdischer Gutsbesitzer, auf deren Gütern junge Leute ausgebildet wurden, die dann in Palästina Pionierarbeit leisten sollten. Zudem gab es sogenannte Umschulungslager, die zunächst nach der Machtübergabe an die Nazis noch in jüdischer Selbstverwaltung blieben.

In Paderborn wurde im Jahr 1939 am „Grünen Weg 86“ ein jüdisches Umschulungslager eingerichtet. Nichts deutet jedoch heute noch darauf hin. Auf einem Gelände außerhalb der Stadt lebten von Ende Juni 1939 bis zur Auflösung des Lagers zum 1. März 1943 in vier Baracken etwa einhundert Jüdinnen und Juden mit je unterschiedlicher Verweildauer. Das Grundstück war der „Reichsvertretung der deutschen Juden“ von der Stadt Paderborn unentgeltlich zur Verfügung gestellt worden. Im Zuge der jüdischen Selbsthilfe sollten junge Juden zu körperlicher, vorwiegend landwirtschaftlicher und gärtnerischer Arbeit als Vorbereitung ihrer „Auswanderung“ ausgebildet werden. Der Arbeitseinsatz jedoch erfolgte im Wasserleitungs- und Straßenbau sowie bei der Kanalisation und Hilfsarbeiten beim Häuserbau. Die Selbstverwaltung wurde nach kurzer Zeit beendet, das Lager der SS unterstellt, die Bedingungen wurden KZ-ähnlich. Mit der Auflösung des Lagers im März 1943 wurden die Menschen nach Auschwitz portiert.

Quelle: Jüdische Kultusgemeinde Paderborn, www.jg-paderborn.de/personen

Arbeitserziehungsanstalt Brauweiler

Die ehemalige Abtei Brauweiler, wenige Kilometer westlich von Köln, diente seit dem 19. Jahrhundert als sogenannte Arbeitsanstalt des Rheinischen Provinzialverbandes. Hier wurden über 1500 ehemalige Strafgefangene, Alkoholiker, „schwer erziehbare“ Jugendliche und „weibliche Geschlechtskranke“ untergebracht, die von den Fürsorgebehörden als „asozial“ abgestempelt worden waren. Sie mussten in den angeschlossenen Betrieben der Anstalt zwangsweise arbeiten. In der Zeit des Faschismus fungierte Brauweiler als Arbeitslager und Gestapo-Gefängnis. Es war ein besonders scharfes Disziplinierungsinstrument für Jugendliche. Zunehmend wurde es von der Gestapo zur Inhaftierung politischer Häftlinge genutzt und eine Folterkammer eingerichtet.

Quelle: www.museenkoeln.de/ausstellungen

Karl Löb

geboren am 3. November 1910;
1943 KZ Dachau;
überlebte

Opfer der „Nürnberger Rassegesetze“

ehem. Wohnhaus Wiebelskirchen,
Römerstraße 85
Stolperstein verlegt in Wiebelskirchen,
Wibiloplatz

Karl Löb wird 3. November 1910 in Enkirch,
Kreis Bernkastel-Wittlich, als Sohn von Isidor Löb und Adelheid
geb. Schlachter geboren.

Er hat zwei ältere Brüder: Hermann und Albert,
eine ältere Schwester namens Helene und
eine zwei Jahre jüngere Schwester Hilda.

Kurz nach deren Geburt zieht die Familie von Enkirch in die Nähe von Adelheids Geburtsort
nach Quierschied um. Dort meldet Isidor einen Viehhandel an.

Die beiden Kinder Erna und Helmut werden in der neuen Heimat geboren.

Karl ist 14, da verstirbt zuerst seine Großmutter väterlicherseits,
vier Jahre später auch seine Oma mütterlicherseits. Beide werden in Illingen bestattet.

Schon mit 19 Jahren muss er auch von seinem Vater Abschied nehmen.

Bis zum Pogrom im November 1938 lebt die Familie als letzte jüdische Familie in Quierschied.

Adelheid, Hermann und Horst Obermann (Hildas Sohn) leben gemeinsam in einem Hausstand.

Karl lebt bei einer Familie in Quierschied, wo er trotz Beschäftigungsverbot Viehhandel betreiben kann.

Bei ihrer Verhaftung am 9. November in Quierschied werden Karl und Hermann mit einem Schild
um den Hals mit der Inschrift „Ich bin ein Saujude“ in einem offenen Wagen durch den Ort gefahren.

Karls Mutter Adelheid wurde mit einem Transport vom Lager Camp de Gurs nach Auschwitz gebracht,
wo sie am 10. März 1944 ankommt. Dort wurde sie ermordet.

Nach ein paar Tagen Aufenthalt in der Gestapozentrale Saarbrücken, der Willkür und Gewalt der Nazis
ausgeliefert, wird Karl deportiert und am 15. November 1938 unter der Kategorie „Schutzhaft politisch“
sowie „Jude“ in Dachau registriert. Als Beruf wurde Kraftfahrer notiert.

Etwa ein halbes Jahr später wird er aus Dachau entlassen.

Er kehrt nach Merchweiler zurück, dort wohnt er im Haus der Familie Weiler bis April 1940,
wobei er sich alle vier Tage in Illingen polizeilich melden muss.

Ab April ist er in Berlin Ahrensdorf gemeldet, dort lebt seine Verlobte Martha Margarethe Nelson,
1912 im heutigen Polen geboren. Um mit ihr zusammenleben zu können, planen Karl und Martha
nach Palästina oder in die Schweiz auszuwandern. Die Gestapo genehmigt den Antrag.

Martha stammt aus einem wohlhabenden Haus und kann die Kosten durch den Erlös aus dem Verkauf
einer Brauerei decken. Karl erhält die Auflage, sich umgehend bei der Gestapo in Berlin zu melden.



Karl Löb

Weil er einen festen Wohnsitz und die geplante Eheschließung glaubhaft nachweisen kann, verzichtet diese auf seine Inhaftierung. Stattdessen muss er Zwangsarbeit im Arbeitslager Wuhlheide bei der Bahngleisbaufirma Reetz leisten. Karl kann, im Gegensatz zu den meisten anderen Zwangsarbeitern, die auf dem Gelände in Baracken untergebracht sind, abends nach Hause zu Martha, die ebenfalls tagsüber Zwangsarbeit bei Siemens - Schuckert leistet.

Nach der Schicht arbeitet er im Palästinaamt um auch ihre Ausreise vorbereiten zu können.

Ab dem 19. September 1941 müssen Karl und Martha den Judenstern sichtbar an ihrer Kleidung tragen.

Am 18. Dezember des gleichen Jahres heiraten Karl Löb und Martha Nelson. Die Trauung wird nach jüdischem Ritual durch einen Rabbiner gehalten, der wie Karl in Wuhlheide Zwangsarbeit leistet.

Bis zu ihrer Deportation nach Auschwitz bekommt Martha von ihrem Vermögen monatlich nur einen kleinen Betrag zur Bestreitung des Lebensunterhaltes ausgezahlt, da sie keinen Zugriff auf ihr eigenes Konto mehr hat. Beide hatten schon eine Wohnungseinrichtung nach Amsterdam geschickt um ihre Auswanderung nach Übersee vorzubereiten; diese ist seitdem verschollen. Alle anderen Besitztümer des Ehepaares gingen wie das gesamte Vermögen an das Deutsche Reich.

Martha wird am 1. März 1943 mit dem 31. Ost-Transport nach Auschwitz deportiert.

Laut Obersturmbannführer Höß befinden sich in diesen Zügen noch arbeitsfähige Juden.

Zum 31. Dezember 1945 wird sie für tot erklärt, ermordet oder verschollen, wie es die offiziellen Dokumente darstellen. Auch Karl und sein späterer Gefährte Alex Deutsch werden zwei Tage nach Martha nach Auschwitz deportiert. Nach eintägiger Fahrt in geschlossenen Güterwaggons wird bei Ankunft in Auschwitz direkt selektiert: wer nicht arbeitsfähig ist, wird direkt in die Gaskammern geschickt. Karl ist arbeitsfähig und wird mit dann 31 Jahren im Arbeitslager Auschwitz III Monowitz eingesetzt, wie auch Alex. Beide arbeiten in einer Tochterfirma der IG Farben den Buna Werken, allein dort sterben zwischen 1942 und 1945 etwa 32.000 Häftlinge an Entkräftung.

Auch Karl geht es nicht gut, im November ist er einige Tage im Häftlingskrankenhaus untergebracht. Einem Aufenthalt in Mauthausen kann er dank einem befreundeten SS Mann aus Völklingen entgehen, Er wird zurück nach Auschwitz geschickt.

Karl und Alex werden am 18. Januar 1945, als die russische Armee näher rückt, mit 60.000 weiteren Häftlingen in Marsch Richtung Westen gesetzt. Zwei Tage später kommen die Häftlinge, die den Marsch überlebten in Gleiwitz an und werden weiter nach Buchenwald geschickt.

Am 10. Februar, also nur einige Tage später, wird Karl beim Transport ins KZ Mittelbau Dora durch einen Fliegerangriff verletzt. Deshalb werden sie nicht wie geplant ins KZ Mittelbau verlegt, sondern in das Außenkommando Halberstadt-Zwieberge bei Sprengungen für Lagerhallen eingesetzt. Nach einem Monat werden sie ins Außenkommando Magdeburg verschickt, wo sie zunächst in einer Munitionsfabrik arbeiten.

Da Karl nach der Bombardierung Magdeburgs beim Wiederaufbau in der Stadt eingesetzt war, kann er sich und drei weitere Häftlinge nach einem weiteren Fliegerangriff in den Trümmern verstecken und entkommt so den Todesmärschen. Für acht Tage reichen ihre Essenvorräte, erst dann trauen sich die Vier aus ihrem Versteck. Zwischenzeitlich haben die Amerikaner die Stadt erobert, Karl, Alex und die beiden anderen werden zurück ins Lager zur Registrierung gebracht und erhalten eine Index-Card.

Nach der Befreiung beschließen die Beiden eine Schwester von Karl, Erna Hoffmann, in Luxemburg aufzusuchen. Karl wird wegen völliger Entkräftung per Flugzeug durch die Amerikaner von Magdeburg nach Lüttich geflogen. Zu diesem Zeitpunkt wiegt er weniger als 50 kg.

In Lüttich halten sich Karl und Alex einen Monat lang auf. Nachdem Besuch der in Esch/Luxemburg lebenden Schwester erfährt er, dass sein 14jähriger Neffe Horst Obermann sich in Frankreich aufhält; gemeinsam mit Alex macht er sich auf die Suche nach ihm.

Während der Suche erkrankt Karl schwer, er leidet noch immer unter den Folgen des KZ Aufenthaltes. Mindestens drei Wochen muss er in einem Krankenhaus in Lyon-Villeurbanne verbringen.

Alex verbringt die Zeit bei Karl, schriftlich unterrichten sie Horst über die Vorkommnisse und ihre Entscheidung nach Karls Genesung zurück ins Saarland zu kehren.

Alex wandert von Lyon in die USA aus, wo er sich in Missouri niederlässt.

Horst wird von Karl am 13. Oktober 1945 nach Quierschied gebracht, zu seiner Mutter und Karls Schwester. Sie berichtet, wie schlecht es Karl zu diesem Zeitpunkt geht.

Er leidet unter hohem Blutdruck und sein ganzer Unterleib ist stark entzündet und voller Eiter; Konsequenzen aus den Lageraufenthalten.

1948 zieht Karl nach Hangard und arbeitet wieder als Viehhändler.

1954 lernt er die 1937 geborene Doris Kurz kennen und lieben, vier Jahre später heiraten die beiden.

Karl leidet auch nach Jahren noch körperlich und seelisch stark unter seinen Aufenthalten in den verschiedenen Lagern. Ärztlich festgestellt wurden Atemnot, Schweißausbrüche, Angst und Verfolgungswahn, starke Kopfschmerzen, Verdauungsbeschwerden, Leber und Nierenleiden, Herzprobleme und Parodontose (er hat sämtliche Zähne verloren).

Eine kleine Rente wird ihm zugesprochen.

Karl Löb verstirbt mit nur 60 Jahren am 4. September 1971 an Herz- und Nierenversagen als Spätfolgen seiner Haft im Konzentrationslager.

Bis zu diesem Zeitpunkt lebt er mit Doris in Wiebelskirchen.

Er wird auf dem jüdischen Friedhof in Neunkirchen bestattet.

Auf seinem Grabstein wird auch an seine erste Frau Martha, seine Mutter Adele Löb und seine Brüder Hermann und Helmut erinnert.

Text: Melanie Franz

Quelle: Thomas Hüttmann: Die jüdischen Einwohner von Enkirch vor und nach der Zeit des Nationalsozialismus; Verlag BoD - Books on Demand, Norderstedt, 2019

Berta Meyer

geboren am 6. Dezember 1878

gestorben 1942 KZ Auschwitz

Opfer der „Nürnberger Rassegesetze“

Stolperstein verlegt am ehem. Wohnhaus

Wellesweiler, Fabrikstraße 3



heutige Fabrikstraße 3

Berta Meyer wurde am 6. Dezember 1878 in Wellesweiler, heute Stadtteil von Neunkirchen, geboren. Sie ist das erste Kind des Klempners Isaac Meyer und seiner Frau Henriette

(geb. Sommer). Ihr jüngerer Bruder Max Meyer wird zwei Jahre nach ihr geboren, ebenso wie sie in dem damaligen Wohnsitz in der Fabrikstraße 3 in Wellesweiler.

Am 25. März 1936 zog die Familie nach Baisingen in Baden-Württemberg, dem Geburtsort von Bertas Schwägerin. Als 1939 Deutschland den Krieg begonnen hatte, wurden immer mehr Juden verfolgt.

Da Berta in Deutschland absolut nicht mehr sicher war, zog sie nach Thionville in Frankreich.

Der Krieg gegen Frankreich war noch nicht ausgebrochen. Als schließlich auch Frankreich angegriffen wurde, zog sie nach Bourbonne les Bains, Département Haute-Marne, ebenso wie Thionville im heutigen Bezirk „Grand Est“. In dieser Zeit in Frankreich wurde sie Berthe genannt.

Bis zur Verhaftung verbrachte sie dort den Rest ihrer Lebenszeit in Freiheit.

Aufgrund einer Suchanfrage eines David Meyer (möglicherweise ein Neffe) an das A.J.D.C (American Jewish Joint Distribution Committee) vom Dezember 1945 lässt sich schließen, dass Berta im Rahmen der Wagner-Bürckel-Aktion im Oktober 1940 verhaftet und in das Camp de Gurs *1, Département Pyrénées Atlantiques, überführt wurde.

Am 9. oder 10. Oktober 1942 wurde sie durch ein Sicherheitspolizei-Kommando in Châlons-en-Champagne, Département Marne, Region Grand Est, erneut verhaftet. Es gibt keine Information, wie sie dorthin gelangte. Möglicherweise hatte sie aus dem Camp de Gurs fliehen können.

Am 16. Oktober 1942 wurde sie in das Sammellager Drancy *2 gebracht und am 4. November mit einem Konvoi nach Auschwitz deportiert.

Das genaue Todesdatum Bertas ist nicht bekannt, dennoch lässt sich darauf schließen, dass sie noch im gleichen Jahr auf dem Transport nach Auschwitz oder dort ihr Leben verlor.

Abschließend lässt sich sagen, dass Berthe Meyer im Alter von ca. 64 Jahren im Rahmen der Nürnberger Rassegesetze Opfer des deutschen Faschismus war.

Verfasserin: Tabea Kropp unter Mitarbeit von Simone Bieringer und Elena Gießelmann sowie Unterstützung von Dr. Irmgard Wilhelm-Schaffer; Gymnasium am Krebsberg

Bearbeitung: R. Dörrenbecher

*1 Camp de Gurs, siehe Erläuterungen

*2 Sammellager Drancy, siehe Erläuterungen

Barbara Selzer geb. Theobald

geboren am 7. Dezember 1905;
gestorben am 22. Januar 1944,
KZ Auschwitz

Opfer nach §327 Strafgesetzbuch (Prostitution)

Stolperstein verlegt am ehem. Wohnhaus
Steinwaldstraße 49



heutige Steinwaldstraße 49

Barbara Selzer, geb. Theobald, wurde am 7. Dezember 1905 in Neunkirchen geboren und wuchs in der Steinwaldstraße 49 als Tochter von Jakob Theobald, der als Bergmann arbeitete, und Maria Theobald, geb. Schmidt, auf.

1927 zog sie, vermutlich bereits schwanger, in die Ronnstraße 9 in Saarbrücken (heutige Knappschaftsstraße) um. Am 26. November 1927 bringt sie in Homburg ihr erstes Kind Nikolaus zur Welt.

Da sie zu diesem Zeitpunkt noch nicht verheiratet war und als Prostituierte gearbeitet hat, ist davon auszugehen, dass ihr Sohn aus einem solchen Verhältnis hervorging.

Ihre erste Festnahme ereignete sich ebenfalls im Jahre 1927. Vorgeworfen wurde ihr der Verstoß gegen das Gesetz zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten (Unzucht) und Landstreicherei.

Zwischen 1927 und 1936 wurde sie noch fünf Mal verurteilt, davon in vier Fällen wegen Unzucht und einmal wegen Diebstahls. Insgesamt verurteilte man sie innerhalb dieser Zeit zu 21 Wochen Haft und zwei Geldstrafen. Auch in ihrem Privatleben ereignete sich in dieser Zeit einiges:

Sie zog am 27. Juli 1928 nach Idar-Oberstein und heiratete im Januar 1930 den am 29. Juli 1903 in Gießen geborenen Hilfsarbeiter Josef Selzer.

Am 12. Juni 1933 gebar sie ihren zweiten Sohn Wilhelm Kurt Horst in Homburg.

Noch im selben Monat verzog das Paar von Homburg nach Saarbrücken.

Am 12. Oktober 1935 befand sich ihr Ehemann Josef Selzer im Gefängnis.

Barbara war in der Saarbrücker Straße 1 gemeldet. Vermutlich war das Ehepaar getrennt, denn am 16. April 1937 zog Josef von Alfeld nach Gießen und Barbara bekam am 30. Juli 1937 ihr drittes Kind Edwin Walter.

Im darauffolgenden Jahr befand sie sich vom 15. Dezember bis 17. Dezember 1938 in Haft in der Arbeitsanstalt Brauweiler (*1) bei Köln. Diese war spezialisiert auf sogenannte asoziale Menschen, wie zum Beispiel Alkoholiker, sogenannte schwer erziehbare Jugendliche und weibliche Geschlechtskranke. Außerdem zog Josef aus Gießen weg und wohnte in einem Wohnwagen Am Schanzenberg in Saarbrücken. Barbara zog 1941 nach Wemmetsweiler.

Die Frage, ob ihre Kinder bei ihr lebten, lässt sich nur für ihren dritten Sohn Edwin Winter beantworten. Er wuchs in verschiedenen Kinderheimen auf. Es ist davon auszugehen, dass auf Grund ihres Berufes und des damit verbundenen Lebensstils ihre zwei weiteren Kinder auch nicht mehr in ihrer Obhut waren. Hierfür spricht auch, dass sie 1941 in Forbach festgenommen wurde und man sie wegen Unzucht zu vier Monaten Haft verurteilte. Aus dieser Zeit im Gefängnis Saarbrücken liegt eine von einem Wärter verfasste Meldung vor.

Sie soll in der Nacht vom 25. auf den 26. März 1941 durch lautes Reden mit der Zellnachbarin die nächtliche Ruhe gestört haben, wie auch schon einige Male zuvor.
Bestraft wurde sie mit einer einwöchigen Verpflegungskürzung auf Wasser und Brot.
Ab diesem Gefängnisaufenthalt wurden keinerlei weitere Informationen zu ihren Aufenthaltsorten gefunden. Es ist ungewiss, wann und aus welchem Grund sie in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert wurde.
Sie starb dort am 22. Januar 1944 an Darmkatarrh bei allgemeiner Körperschwäche.
Ihr Ehemann Josef Selzer heiratete ein zweites Mal und verstarb 1977 in Homburg/Ohm.
Auch der zweitgeborene Sohn von Barbara, Wilhelm Kurt Horst heiratete am 15. Oktober 1955 in Saarbrücken Marianna Emilie Grahl und lebte bis zu seinem Tod 1968 in Saarbrücken.
Im Alter von 63 Jahren verstarb 1993 Barbara Selzers erster Sohn Nikolaus.
Der jüngste der drei Söhne, Edwin Walter, starb am 21. Juni 2009 in Saarbrücken.

Recherche und Text:

Emelie Grün, Thiara Heß, Johanna Petry; Mitarbeit von Aleksandra Weisbeker und Eryk Dobrzanski; unterstützt von Dr. Irmgard Wilhelm-Schaffer; Gymnasium am Krebsberg

Anmerkungen:

(*1) Arbeitsanstalt Brauweiler, siehe Erläuterungen

Quellen: Stadtarchiv Neunkirchen; Landesarchiv Saarbrücken; Arolsen Archives - International Center on Nazi Persecution (Internat. Zentrum für NS-Verfolgung)

Jakob Hanuja

geboren am 8. April 1883
1942 KZ Dachau,
überlebte

Opfer nach § 175 StGB

Stolperstein verlegt am ehem. Wohnhaus
Wellesweilerstraße 24



heutige Wellesweilerstraße 24

Jakob Hanuja wurde am 8. April 1883 in Neunkirchen Saar von Magdalena Hanuja, geborene Jelde/Jaekle zur Welt gebracht. Sein Vater war der Bergmann Heinrich Hanuja. Jakob war katholisch und von Beruf Kaufmann. Zunächst wohnt Hanuja in seinem Elternhaus in der Roonstraße 4, heute Knappschaftsstraße, in Neunkirchen. Für 1905 ist als Mitbewohner im Haus neben seinen Eltern auch sein Bruder, der Schreibegehilfe Heinrich jun. genannt.



Wellesweilerstraße im Jahr 1906

Im Juni gleichen Jahres heiraten Jakob Hanuja und

die „standeslose“ Maria Magdalena Hubertine, geborene Miebach (geboren am 5. Mai 1882).

Im Jahre 1912 zieht er mit seiner Frau in die Wellesweilerstraße 24.

Drei Jahre später, im Jahre 1915, meldete er sich dort ab;

die Familie zieht nach Saarbrücken in die Saarbrücker Straße 18.

Der letzte bekannte Wohnsitz von Jakob Hanuja ist die Försterstraße 12, ebenfalls in Saarbrücken.

Im Jahre 1937 lassen sich die beiden scheiden.

Jakob und Maria M. H. Hanuja hatten sechs Kinder. Maria Katharina (8. Februar 1906) war die Älteste.

Danach kamen Willy Peter (16. Februar 1907), Theodor Leo (25. Januar 1909), Hermann Joseph (13.

August 1910), Maria Magdalena Antonia (19. Dezember 1911, gestorben am 5. Dezember 1912) und der Jüngste war Aloysius Antonius (26. Oktober 1913).

Das weitere Leben von Frau Hanuja und den Kindern ist nicht bekannt. Die älteste Tochter wird 1942 in den Akten mit Namen Maria Schmidt, Saarbrücken, als nächste Angehörige genannt.

Die Personenbeschreibung aus dem KZ Dachau erwähnt, dass er saarländisch sprach.

Zu seinem äußeren Erscheinungsbild wird festgehalten, dass er ca. 1,67 m groß war und einen lebhaften Gang hatte. Er war schlank und hatte eine straffe Haltung. Seine Gesichtsform war oval und seine Gesichtsfarbe blass. Es heißt dort weiter, Hanuja habe eine hohe Stirn gehabt und große ovale Ohren. Seine Haare waren dunkelblond und seine Augen blau-grau. Ansonsten wird noch erwähnt, dass er große, dicke Lippen hatte und ihm manche Zähne fehlten.

Zum Leben von Jakob Hanuja gibt es aber noch viel mehr zu sagen. Am 16. Januar 1937 ging ein Schreiben vom Amtsgericht an die Gefängnisverwaltung Saarbrücken, in dem verlangt wurde, dass der Kaufmann Jakob Hanuja zur Untersuchungshaft ins Gefängnis in Saarbrücken aufgenommen wird.

Als Grund gaben sie Verdacht auf widernatürliche Unzucht (Homosexualität) an, ebenso wie bei dem Gärtner Karl Walterhöfer. Deshalb sollten die beiden auch getrennt werden.

In dem Schreiben wird auch aufgelistet, was den Gefangenen gestattet ist:

z.B. Haarschneiden, Zulassung zum gemeinsamen Gottesdienst,...

Über drei Monate später verurteilte das Schöffengericht die Angeklagten wegen Vergehens gegen §175 StGB. Hanuja gibt vor Gericht zu, außer mit Walterhöfer in weiteren Fällen ebenso Unzucht getrieben zu haben. Da Hanuja vorbestraft ist, wird er zu zehn Monaten Haft verurteilt.

Er kam in seiner Vergangenheit (zwischen 1907 und 1931) des Öfteren wegen kleinerer Delikte wie Betrug und Unterschlagung, aber auch falscher Anschuldigungen kurze Zeit ins Gefängnis oder musste eine Geldstrafe zahlen.

Walterhöfer hingegen wurde nur zu vier Monaten Haft verurteilt.

Die kompletten Kosten des Verfahrens werden den beiden Angeklagten auferlegt.

Über Hanujas Inhaftierung weiß man noch, dass er am 20. Oktober 1942, 17 Uhr, mit der Gefangenbuchnummer 3684,42 in Saarbrücken eingeliefert wurde.

Er wurde in polizeiliche Vorbeugehaft genommen und in das Konzentrationslager in Dachau überführt, wo er sich ab 16. Dezember 1942 befindet. Dort war seine Gefangenenummer die 41351.

Bei Arolsen Archives liegen mehrere Dokumente vor, u.a. ein Bestätigungsbrief des Leiters des KZ Dachau, den dieser am 16. Juli 1943 geschrieben hatte.

In einer Liste der Stadt München vom Februar 1948 ist unter anderen Jakob Hanuja aufgeführt mit Aufenthalt vom 3. Oktober 1945 bis 12.xx.1945 (Arolsen Archives).

Informationen zu seinem weiteren Leben liegen nicht vor.

Er gehört zu den von der US-Armee befreiten Häftlingen Dachaus.

Recherche und Text:

Nina Meiser, Laura Bandau und Darnell Boeckmann

unterstützt von Dr. Irmgard Wilhelm-Schaffer; Gymnasium am Krebsberg;

Bearbeitet: R. Dörrenbecher

Quellen: Stadtarchiv Neunkirchen; Landesarchiv Saarbrücken; Archiv JVA Saarbrücken; Arolsen Archives

Karl Schneider

geboren am 27. Juni 1869
in Ettenheim
gestorben am 5. November 1940
im KZ Dachau

ehemaliges Wohnhaus
Hohenlohestraße 10;
Straße und Haus existieren
nicht mehr

Stolperstein verlegt
in Karl-Schneider-Straße
Ecke Brückenstraße, Brunnenseite

Karl (Carl) Ludwig Schneider wurde am 27. Juni 1869 in Ettenheim/Baden als Sohn des Kaufmannes Georg Jakob Schneider und der Wilhelmina (Minna), geborene Bayer, geboren. Seine Taufe erfolgte am 12. Juli 1869.

Am 15. April 1899 ehelichte der praktische Arzt in Schiffweiler Emma Weyand (geboren am 12. September 1875 in Heiligenwald, gestorben am 23. Juni 1942 in Neunkirchen). Das Ehepaar hatte drei Kinder.

Der älteste Sohn Paul wurde am 2. Juli 1902 in Neunkirchen geboren und starb am 5. August 1917.

Am 28. April 1904 wurde in Neunkirchen die Tochter Gertrud geboren.

Diese heiratete am 22. März 1930 in Neunkirchen den Arzt Dr. Arthur Knörzer.

Der jüngste Sohn Karl kam am 24. Juni 1907 in Neunkirchen zur Welt.

Er heiratete 1933 in Ottweiler die Johanna Haffmans.

Gertrud und Karl traten in die Fußstapfen ihres Vaters und studierten Medizin.

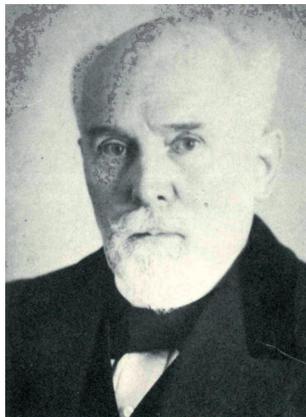
Dr. Karl Schneider (jun.) war später Facharzt für Augenmedizin in Aschaffenburg.

Seine ältere Schwester war in Pforzheim tätig. Gertrud starb am 1. Oktober 1976 in Pforzheim.

Karl (jun.) starb am 21. Januar 1988 in Aschaffenburg.

Ab 1876 besuchte der einem katholisch-liberalen Elternhaus entstammende Karl Ludwig Schneider die Volksschule, anschließend die höhere Bildungsschule und das Gymnasium. Möglicherweise schloss sich die Ableistung eines Militärdienstes an. Mit dem Beginn des Wintersemesters 1888/89 schrieb sich Karl Schneider an der Großherzoglich Badischen Universität Freiburg im Studiengang Medizin ein. Dort studierte er bis zum Ende des Sommersemesters 1890. Zum Wintersemester 1890/91 wechselte der gebürtige Badener zur Fortsetzung seines Medizinstudiums nach Berlin, wo er bis zum Sommersemester 1891 eingeschrieben war. Anschließend war Schneider vom Wintersemester 1891/92 bis Sommersemester 1893 an der Ludwig-Maximilians-Universität in München ebenfalls im Studiengang Medizin immatrikuliert.

Was Schneider, der zeitlebens nicht promovierte, in den beiden Jahren zwischen Ende 1893 und Ende 1895 machte, ist nicht bekannt. Vielleicht fällt in diese Periode seine Zeit als praktischer Arzt in Volmunster und Sarreguemines.



links: Portrait von Karl Schneider

unten:
Ehemaliges Wohnhaus und Praxis um 1930
Hohenlohestraße/Süduferstraße



Zwischen Januar und September 1896 wohnte der damals 27jährige Schneider erstmals in Neunkirchen, wo er bei dem Tierarzt Albert Seiberth unterkam und als Hausarzt umgehend eine Praxis eröffnete. Diese war offenbar noch nicht auf Augen- und Ohrenkrankheiten spezialisiert.

Zwischen Herbst 1896 und Ostern 1898 könnte Karl Schneider sich in Berlin aufgehalten haben.

Eindeutig identifizieren lässt er sich dort aber erst ab 1898 als er an der Friedrich-Wilhelms-Universität zwei Semester Medizin studierte.

Zum 1. Oktober 1898 zog Karl Schneider von Berlin nach Neunkirchen. Erneut wohnte er bei dem Tierarzt Seiberth. Spätestens seit dem 15. Oktober 1898 praktizierte er in Neunkirchen als niedergelassener Augen- und Ohrenarzt.

Um die Jahrhundertwende hegte Schneider, der seit 1901 Mitglied des Neunkircher Verschönerungsvereins war, offensichtlich Pläne, eine Klinik für Augen- und Ohrenleiden in Neunkirchen zu eröffnen.

Im März 1900 wurde sein Vorhaben zu einem Neubau beim Viktoriaspital durch den Neunkircher Gemeinderat genehmigt. Am 21. Dezember 1900 eröffnete Karl Schneider schließlich unterhalb der Villa Mundorf eine Augen- und Ohren-Klinik. Seine Praxis betrieb der Arzt bis 1935.

Danach wurde seine Arbeit auf Druck der neuen Machthaber aufgrund seiner politischen Einstellung boykottiert. Allerdings soll Schneider bereits vor der Rückgliederung des Saarlandes in der Ausübung seines Berufes eingeschränkt worden sein.

Neben seiner medizinischen Tätigkeit war Karl Schneider auch politisch aktiv.

Nach Ende des Ersten Weltkrieges wurde Schneider am 10. November 1918 in den Neunkircher Arbeiter- und Soldatenrat gewählt, der am 1. Dezember 1918 auf Anordnung der französischen Besatzung aufgelöst werden musste. Innerhalb dieses Rates gehörte der Mediziner den Ressorts Krankenfürsorge sowie Volkswohlfahrt und Sozialpolitik an.

Zunächst war Schneider Anhänger oder Mitglied der SPD, ehe er am 20. September 1919 der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD)*1 beitrug. Für diese war er fortan bis 1922 aktiv. Bei den ersten nach demokratischen Prinzipien durchgeführten Wahlen am 11./18. Juli 1920 kandidierte der Neunkircher Augenarzt auf Listenplatz 1 des Wahlvorschlages der USPD sowohl für den Ottweiler Kreis als auch für den Neunkircher Gemeinderat. Schneider erhielt in beiden Parlamenten einen Sitz.

Bei den Wahlen zum ersten Stadtrat am 19. März 1922 stellte sich Schneider letztmals (hier für die USPD) und schließlich erfolglos für ein Mandat auf kommunaler Ebene zur Verfügung.

Als Pazifist engagierte sich der Neunkircher Augenarzt in der Deutschen Liga für Menschenrechte und in der Deutschen Friedensgesellschaft (Ortsgruppe Neunkirchen), für deren Publikationsorgan „Das Andere Deutschland“ er publizistisch tätig war. Einige Artikel wurden in der Mannheimer Volkstimme sowie der im Saargebiet gedruckten Volkstimme verbreitet. Auch in der lokalen Neunkircher Presse veröffentlichte er Beiträge oder Kommentare. Seit 1934 setzte sich Schneider für die Status quo-Bewegung im Saargebiet ein. Er war Begründer eines Initiativkomitees aller Hitlergegner und Friedensfreunde, für das er u. a. als Redner in Neunkirchen auftrat.

Aus seiner politischen und systemfeindlichen Einstellung machte Schneider während der Naziherrschaft keinen Hehl. 1935 wurde er wegen Beleidigung des Führers und der Bewegung angeklagt. Seine Überzeugung führte dazu, dass er am 19. März 1940 kurzzeitig in Gestapohaft nach St. Wendel kam. Am 15. April 1940 stellte Reinhard Heydrich, Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, einen Schutzhaftbefehl aus. Darin wurde als Haftgrund angeführt, dass Schneider „durch [...] sein Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates gefährdete, indem er dadurch, dass er sich aus einer marxistischen und separatistischen Einstellung heraus fortgesetzt im staatsfeindlichen Sinne betätigt

und über den Verlauf des Krieges in defaitistischer Weise äußert, einen ständigen Unruheherd in der Bevölkerung darstellt.“ Am 30. Mai 1940 wurde Karl Schneider als Schutzhäftling in das Konzentrationslager Sachsenhausen-Oranienburg gebracht (Häftlingsnummer 25.153), von wo aus er am 2. September 1940 nach Dachau überstellt wurde. Ab dem 3. September 1940 galt der Neunkircher Augenarzt dort als Häftling.

In Dachau musste der über 70 Jahre alte Internierte, der unter der Lagernummer 17.599 geführt wurde, schwerste Arbeiten mit anderen Häftlingen in einer Lehmgrube verrichten, die dem KZ Dachau angeschlossen war.

Knapp zwei Monate nach seiner Einlieferung starb Karl Schneider am 5. November 1940 um 9.35 Uhr in Dachau 3 K, Straße der SS (dies war die offizielle Anschrift des Lagers) an Herz- und Kreislaufschwäche, wie auf schriftliche Mitteilung der Stapoleitstelle München vom 8. November 1940 im Sterberegister des Standesamtes Dachau festgehalten wurde.

Eine an die Verwandten übersandte Urne mit den angeblichen sterblichen Überresten Schneiders wurde auf dem Scheiber Hauptfriedhof beigesetzt.

Am 5. März 1948 wurde u. a. das Teilstück der Süduferstraße zwischen der heutigen Willy-Brandt-Brücke und der Mozartbrücke durch Stadtratsbeschluss in Karl-Schneider-Straße umbenannt.

Mit einem offiziellen Festakt am 30. April 1948 wurde die Umbenennung vollzogen.

Am 20. Januar 1993 wurde feierlich ein durch die Kreisstadt Neunkirchen gestifteter Gedenkstein am Grab Schneiders der Öffentlichkeit übergeben.

Der Text des Gedenksteines lautet:

Unvergessen

Karl Schneider

Augenarzt in Neunkirchen

gegen den Nationalsozialismus und Gewalt

für Freiheit und Gerechtigkeit

geboren am 27.06.1869 in Ettenheim

gestorben am 05.11.1940 im KZ Dachau

Recherche und Text: Christian Reuther, Stadtarchivar

Anmerkungen:

(*1) USPD, Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschland, siehe Erläuterungen

Quellen (gedruckt und ungedruckt):

Amtliche Verzeichnisse des Personals und der Studierenden

der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität

Amtliche Verzeichnisse des Personals, der Lehrer, Beamten und Studierenden

der königlich bayerischen Ludwig-Maximilians-Universität zu München

Archiv des Erzbistums Freiburg, Kirchenbücher Ettenheim

Digitales Archiv ITS Bad Arolsen, Teilbestand 1.1.38.1,

Dokument ID: 4095064 und Dokument ID: 4090923

Digitales Archiv ITS Bad Arolsen, Teilbestand 1.1.6.7, Dokument ID: 10747740

Digitales Archiv ITS Bad Arolsen, Teilbestand 1.1.6.2, Dokument ID: 10290120

Landesarchiv des Saarlandes, Landesentschädigungsamt 16347
Ottweiler Kreisblätter
Standesamt Neunkirchen, Personenstandsregister
Standesamt Schiffweiler, Personenstandsregister Schiffweiler
Stadtarchiv Dachau, Sterbebuch Dachau 1940
Stadtarchiv Neunkirchen, Meldekartei
Stadtarchiv Neunkirchen, Fremdenbücher Neunkirchen, Buchstabe S
(1. Januar 1889 bis 30. Dezember 1898)
Stadtarchiv Neunkirchen, Protokollbücher
Stadtarchiv Neunkirchen, Sammlung Varia Nr. 1045
Stadtarchiv Neunkirchen, Saar- und Blies-Zeitung
Stadtarchiv Neunkirchen, Neunkircher Volkszeitung
Stadtarchiv Neunkirchen, Neunkirchener Zeitung
Universitätsarchiv München, Stud-BB-12, Stud-BB-16, Stud-BB-20 und Stud-BB-24
Universitätsarchiv Berlin
Verzeichnisse der Behörden, Lehrer, Anstalten, Beamten und Studierenden
auf der Großherzoglich Badischen Universität Freiburg

Literatur:

Ebenau, Michael, Freiheit für das Volk.
Dokumente zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Neunkirchen 1848-1961, Ottweiler 1990
Ferdinand, Horst, Art. „Schneider, Carl Ludwig“, in:
Badische Biographien Neue Folge Bd. 4, Stuttgart 1996, S. 264ff.
Krajewski, Bernhard, Karl-Schneider-Straße, in: 75 Jahre SPD Neunkirchen/Saar,
Neunkirchen [1985], S. 25-27
Mallmann, Klaus-Michael/Paul, Gerhard, Das zersplitterte Nein. Saarländer gegen Hitler,
Bonn 1989 (Widerstand und Verweigerung Bd. 1), S. 234-239
Schlicker, Armin, Straßenlexikon Neunkirchen. Straßen,
Plätze und Brücken in Vergangenheit und Gegenwart, Neunkirchen 2009, S. 233f.

Kurt Simon Levy

geboren am 11. Dezember 1906
gestorben am 21. Oktober 1942
im KZ Sachsenhausen

Opfer der „Nürnberger Rassegesetze“

Stolperstein verlegt am ehem. Wohnhaus,
Pasteurstraße 20



Kaufhaus Levy-Winter, Stummstraße

Kurt Simon Levy (*1) wurde am 11. Dezember 1906
in Neunkirchen geboren.

Er war der Sohn von Ludwig und Hedwig Levy und gehörte, wie seine Eltern, dem jüdischen Glauben an. Über seine Kindheit und Jugend konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

Im Melderegister Neunkirchen wird als Beruf Kaufmann angegeben.

Möglich ist, dass seine häufigen Wohnortwechsel damit in Zusammenhang stehen.

Während seiner Aufenthalte in Neunkirchen wohnte er nach Angaben des Stadtarchivs regelmäßig in der Kaiserstraße 20, heute Pasteurstraße, außer Ende Dezember in der Vogelstraße 20.

Aus Neunkirchen abgemeldet hat er sich zwischen 1913 und 1930 nach Offenbach, Trier, Hamburg und Mannheim und im Juli 1932 nach Berlin;

1931 hat er sich ohne neue Adresse abgemeldet.

Im Gedenkbuch der Opfer des Nationalsozialismus - Bundesarchiv wird für 1931 die Adresse Neunkirchen, Steinwaldstraße 53 angegeben. Möglicherweise hatte er weiterhin in Neunkirchen gewohnt.

Bis August 1935, d.h. bis nach der Rückgliederung des Saargebietes an das Deutsche Reich, war er in Neunkirchen gemeldet. Durch Erlass des Reichsinnenministers war ihm als Jude am 25. März 1939 die deutsche Staatsangehörigkeit entzogen worden.

Dazu gibt es im Melderegister einen Vermerk. Möglicherweise hat er weiterhin in Neunkirchen gewohnt, doch für diese Zeit bis Mitte 1940 finden sich keine Angaben.

Am 12. Juli 1940 wurde er aus Luckenwalde-Kolzenburg/Brandenburg nach Paderborn zwangsgemeldet. Wann er zuvor nach Kolzenburg gezogen war und ob dieser Umzug auf einer freiwilligen Basis geschah, ist nicht bekannt.

Kurt lebte in seiner Zeit in Paderborn im „Grünen Weg 86“, einem Umschulungslager für Juden (*2).

Das Lager „Grüner Weg 86“ wurde erst 1939 aufgebaut und unterstand der Gestapo. Die Lagerinsassen wurden im Straßen- und Kanalbau eingesetzt. Auch Kurt Levy musste als „Praktikant“ Zwangsarbeit leisten, er wurde wahrscheinlich im Straßenbau eingesetzt.

Im Totenschein des KZ Sachsenhausen wird als Beruf „Bauarbeiter“ angegeben.

Am 21. November 1940 wurde er aus Paderborn abgemeldet und zum Berliner Polizeipräsidium verbracht (*3). Von dort aus wurde er am 20. Dezember 1940 in einem Sammeltransport ins Konzentrationslager Sachsenhausen bei Oranienburg deportiert. Laut dem Eintrag des Lagerkommandanten war er am 21. Oktober 1942 an der Ruhr verstorben. Die Todesursache klingt plausibel, da sich diese Krankheit aufgrund der schlechten Hygienezustände und mangelnder Ernährung der Häftlinge in den Lagern verbreitet hatte.

Als gesichert sind solche Angaben der Konzentrationslager jedoch nie zu werten. Sein Familienstand ist fraglich. Auf dem Totenschein wird eine Regina Levy/Lewy als seine Ehepartnerin angegeben. Außer dieser Namensangabe gibt es keine weiteren Hinweise auf eine Ehefrau. Im Melderegister Neunkirchen und bei seiner Registrierung in Paderborn wurde angegeben, er sei ledig. Es gibt wahrscheinlich keine Angehörigen.

Recherche und Text:

Emelie Grün, Elena Elzer, Elena Sophie Merl, Thiara Heß und Felicitas Wesely
mit Unterstützung von Dr. Irmgard Wilhelm-Schaffer; Gymnasium am Krebsberg

Anmerkungen:

*1) In den Quellen wird der Name unterschiedlich geschrieben:

Stadtarchiv Neunkirchen: Kurt Levy; in anderen Quellen durchgängig mit dem zweiten Vornamen „Simon“ und unterschiedlich als „Lewy“. Ab 1939 musste er als Jude zusätzlich den Namen „Israel“ führen; Simon war wohl nicht jüdisch genug.

*2) Umschulungslager für Juden:

ehemals jüdische Einrichtungen, vorwiegend Gutshöfe, in denen jüdische Auswanderer die Landwirtschaft und handwerkliche Berufe erlernten. Diese bestanden auch noch nach 1933 unter jüdischer Selbstverwaltung. Ab 1938 wurden die Einrichtungen von der Gestapo übernommen. (siehe Erläuterungen)

*3) Formulierung, die vom ITS Archives Bad Arolsen (International Tracing Service) im Jahr 1967 benutzt wurde: „Levy, Kurt ... ist am 21. Nov. 1940 nach Berlin Polizeipräsidium verzogen.“

Quellen:

Stadtarchiv Neunkirchen

ITS Archives Bad Arolsen, www.arolsen-archives.org/

Gedenkbuch des Bundesarchivs für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch

Familie Hugo und Anna Goldmann

Anna Goldmann, geb. Seligmann
geboren am 30. November 1889
gestorben am 3. Juni 1942 im KZ Sobibor

Hugo Goldmann
geboren am 24. März 1885
gestorben am 3. Juni 1942 im KZ Sobibor

Grete Rosa Goldmann
geboren am 8. Juli 1913
gestorben am 27. Dezember 1944 im KZ Stutthof

Heinz Leo Goldmann
geboren am 28. März 1916
gestorben am 19. Februar 1943 im KZ Auschwitz

Ruth Goldmann
geboren am 23. Juli 1924
gestorben am 3. Juni 1942 im KZ Sobibor

Opfer der „Nürnberger Rassegesetze“

Stolpersteine verlegt am ehem. Wohnhaus,
Pasteustraße 5

Anna Seligmann wurde am 30. November 1889 in Gau-Algesheim bei Bingen geboren,
wo ihr Vater August einen erfolgreichen Weinhandel betrieb. Sie hatte noch drei Geschwister.

Hugo Goldmann wurde am 24. März 1885 in Gundersheim bei Worms geboren.

Beide heirateten in der Region, wann und wo ist nicht ermittelt.

1906 zogen sie nach Neunkirchen/Saar. Dort betrieb ein Verwandter, Samuel Oskar Winter,
der Ehemann von Annas Cousine, in der Stummstraße, das Damenoberbekleidungsgeschäft Winter.

Wahrscheinlich bekam Hugo Goldmann dort die Stelle als Geschäftsführer angeboten;
dies könnte auch der Grund des Umzuges sein. Für diese Vermutung gibt es allerdings keine Belege.

Ab 1912 wohnte er gemeinsam mit seiner Ehefrau in der Wellesweilerstraße 46 in Neunkirchen
und bekam mit ihr drei Kinder.

Grete Rosa Goldmann kam am 8. Juli 1913 in Neunkirchen zur Welt.

Nach ihr wurden am 28. März 1916 Heinz Leo und die jüngste Tochter Ruth am 23. Juli 1924 geboren.
1935 zog die jüdische Familie gemeinsam nach Saarbrücken in die Stahlstraße.



heutige Pasteurstraße 5

Im März 1935 war das damalige Saargebiet nach der Volksabstimmung im Januar wieder in das Deutsche Reich eingegliedert worden. Ob es einen Zusammenhang für den Umzug gibt, ist nicht bekannt, auch nicht andere mögliche Gründe.

Hugo Goldmann war nach der Reichspogromnacht am 9. November 1938 verhaftet worden und bis Dezember im Konzentrationslager Dachau inhaftiert.

Nach seiner Entlassung musste er Zwangsarbeit bei einer Familie leisten.

Als Teile des Saarlandes und der Pfalz 1939/1940 evakuiert wurden, kamen Hugo, Anna und ihre jüngste Tochter Ruth gemeinsam nach Kassel-Halle.

Ruth arbeitete dort als Praktikantin in einem Seniorenheim der jüdischen Gemeinde.

Am 30. Mai 1942 wurden die drei verhaftet und in das Vernichtungslager Sobibor (*1), Distrikt Lublin, in Polen deportiert, wo sie direkt nach ihrer Ankunft am 3. Juni 1942 ermordet wurden.

Ihr lediger Sohn Heinz Leo arbeitete zu der Zeit in Berlin und wurde am 29. Januar 1943 verhaftet und in das Vernichtungs- und Konzentrationslager Auschwitz gebracht.

Er wurde dort am 19. Februar 1943 ermordet.

Die älteste Tochter Grete Rosa arbeitete ab 1936 in Gießen als Hutmacherin und musste 1937 in das „Judenhaus“ in der Bergstraße 8 in Hannover einziehen.

Am 15. Dezember 1941 wurde sie von Hannover aus nach Riga in das Ghetto deportiert.

Nach der Eröffnung des Konzentrationslagers Riga-Kaiserwald 1943 wurde sie dorthin deportiert.

Als dieses wegen der vorrückenden sowjetischen Truppen evakuiert werden musste, wurden die Insassen in das Konzentrationslager Stutthof (*1), Nähe Gdansk, Polen, gebracht.

Grete wurde am 27. Dezember 1944 ermordet.

Die gesamte Familie wurde ausgelöscht.

Recherche und Text:

Elena Elzer, Emelie Grün, Thiara Heß, Johanna Petry
unterstützt von Dr. Irmgard Wilhelm-Schaffer; Gymnasium am Krebsberg,
und Wolfgang Seligmann, Angehöriger

Anmerkungen:

(*1) KZ Sobibor, KZ Stutthof, siehe Erläuterungen

Quellen:

Gedenkbuch des Bundesarchivs für die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung
in Deutschland, www.bundesarchiv.de/gedenkbuch